

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, [Klicken Sie hier](#).

Reformplattform.

Sozialliberal in der SP Schweiz

Newsletter Nr. 1 / 2023

{ANREDE} {VORNAME} {NACHNAME}



Editorial

Die Reformplattform will mit Beiträgen die Diskussion innerhalb der SP Schweiz – und auch ausserhalb – fördern. Diskutieren heisst: Meinungen austauschen. Gerade bei Themen, die in Politik und Gesellschaft unterschiedlich beurteilt werden, ist das wichtig. Die Frage, ob die Schweiz Munition für die Ukraine freigeben soll oder nicht und ob dies mit der Neutralität vereinbar ist, kann man so oder so ansehen. Mitglieder der Reformplattform sprechen im nächsten Beitrag dezidiert dafür aus. Daniel Jositsch vertritt die anschliessend die andere Position.

In acht Monaten wählen wir ein neues Parlament. Wir wollen eine starke SP – und gleichzeitig eine konsensfähige, pragmatische SP. Yvonne Feri macht einen Ausblick auf die Wahlen vom 22. Oktober 2023.

Barbara Nyffeler, Mitglied des Vorstandes



Stellungnahme zur verhinderten Weitergabe von Schweizer Gepard-Munition an die Ukraine und zur Frage der Neutralität

Die politische Umsetzung der Neutralität wurde in der Geschichte immer der jeweiligen geopolitischen Lage und den Interessen der Schweiz angepasst. Zu Beginn ging es darum, sich aus Konflikten zwischen benachbarten Ländern in Europa herauszuhalten, das

Volkerrecht spielte damals noch keine Rolle. In den letzten Jahren hat sich die geopolitische Lage grundlegend geändert. Der Krieg in der Ukraine ist nicht einfach ein Konflikt zwischen zwei Ländern, sondern er widerspiegelt den sich gefährlich zuspitzenden Machtkampf der autokratischen Supermächte Russland und China gegen den Westen und gegen unsere Werte Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Völkerrecht. In dieser weltweiten Auseinandersetzung und im Verteidigungskampf der Ukraine gegen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg darf sich die Schweiz heute nicht hinter einer formalen Neutralität verschanzen, dies wäre eine direkte Unterstützung des Aggressors. Wir gehören ganz klar zur westlichen Welt und sind aufgerufen, im Rahmen unserer Neutralität zur Verteidigung der westlichen Werte unseren Beitrag zu leisten.

Die Schweizer Gepard-Flugabwehrmunition sollte als reine Verteidigungswaffe der ukrainischen Armee dienen und könnte insbesondere einen bedeutsamen Beitrag zum Schutz der Zivilbevölkerung und der Infrastruktur leisten. Die verhinderte Wiederausfuhr aus Deutschland an die Ukraine stösst bei vielen auf völliges Unverständnis und Unzufriedenheit mit dem Bundesrat.

Vor kurzem wurde allerdings das Kriegsmaterialgesetz (KMG) der Schweiz verschärft und im Parlament vorgeschlagene Ausnahmeregelung klar verworfen, denn man wollte mit Blick zurück Waffenexporte an Länder, die Völkerrecht und Menschenrechte missachten, verhindern. Die völlig neue völkerrechtliche Situation nach dem Überfall auf die Ukraine hatte man nicht auf dem Radar. Der emeritierte Rechtsprofessor Thomas Cottier der Universität Bern vertritt zwar die Meinung, dass der Bundesrat auf Grund der Rechtslage sehr wohl grünes Licht für die Lieferung der Flugabwehr-Bewaffnung geben könnte. Der Bundesrat und das Seco sehen das anders und stützen sich dabei auf den im Okt. 2021 neu beschlossenen Artikel 22a des KMG: (2a.) „Auslandsgeschäfte [mit Kriegsmaterial] werden nicht bewilligt, wenn das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist.“

Auf jeden Fall ist es korrekt, dass die Schweiz sich nicht einfach über ihre Gesetze hinwegsetzt, denn Rechtssicherheit und Einhalten von Gesetzen ist ein wichtiger Bestandteil der westlichen Werte. Aber es muss auch möglich sein, bei krass veränderter Ausgangslage Gesetze entsprechend neuen Erfordernissen zeitnah zu ändern. Es ist dringlich, dass das KMG im Interesse des Völkerrechts rasch angepasst wird. Die SP soll sich dafür einsetzen, dass die Weitergabe der Gepard-Munition oder von Fahrzeugen aus Schweizer Produktion in die Ukraine rasch ermöglicht wird.

Sybille Eugster, Martin Killias, Hans Kissling, Peter Lehmann, Andres Oehler, Michael Oliveri, Armand Rapp, Ueli Schwarzmann, Ruedi Spöndlin, André Thali, Peter Tschanz, Paul Ignaz Vogel.



Keine Nichtwiederausfuhr von Schweizer Rüstungsmaterial

Artikel 18 Absatz 1 des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) regelt das



Artikel 18 Absatz 1 des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) regelt das Verbot der Nichtwiederausfuhr von Schweizer Rüstungsmaterial in kaum zu überbietender Klarheit: «In der Regel kann eine Ausfuhrbewilligung nur erteilt werden, wenn es sich um die Lieferung an eine ausländische Regierung oder an eine für diese tätige Unternehmung handelt, und wenn eine Erklärung dieser Regierung vorliegt, dass das Material nicht wieder ausgeführt wird (Nichtwiederausfuhr-Erklärung).» Warum ist es wichtig, dass die Schweiz auch in der aktuellen Situation an dieser Position festhält?

Aus sozialdemokratischer Sicht könnte man rein pazifistisch argumentieren; die SP verfolgt seit Jahrzehnten die Position, dass Gewalt und Krieg nicht mit Waffen bekämpft werden können. Das ist aus meiner Sicht eine etwas idealistische Position, und ich war nie wirklich davon überzeugt. Der einzige Grund, warum die SP aus ideologischen Gründen an dieser Position festhalten sollte, ist, dass sie sonst den noch verbleibenden pazifistischen Wählerinnen- und Wähleranteil definitiv an die Grünen verliert.

Für mich sprechen dagegen die folgenden drei Gründe gegen eine Lockerung der Nichtwiederausfuhrbestimmung:

Erstens, die Neutralität der Schweiz: Artikel 18 ist nicht zufällig im Kriegsmaterialgesetz und auch nicht, weil die bürgerliche Mehrheit des Parlaments besonders pazifistisch gestimmt wäre, sondern aus Gründen der Neutralität. Diese ist primär als militärisches Konzept zu verstehen; die Schweiz nimmt nicht an militärischen Konflikten teil. Gerade die aktuelle Situation zeigt, dass die Teilnahme an einem Krieg heute weniger über die direkte Teilnahme von Truppen erfolgt, sondern primär durch die Lieferung von Waffen. Wer in einem Konflikt neutral ist, definiert nicht das Recht, sondern definieren die Konfliktparteien, abhängig davon, wie sie die Schweiz wahrnehmen. Wenn eine Partei in einem Konflikt mit schweizerischem Kriegsmaterial konfrontiert ist, nimmt diese Partei die Schweiz nicht als neutral wahr, unabhängig davon, ob die entsprechenden Rüstungsgüter direkt oder via ein Drittland in die Konfliktregion gelangt sind. Neutralität, und das ist auch aktuell die Schwierigkeit, ist im Kriegsfall schwer auszuhalten, denn wer neutral ist, ist nicht auf der Seite des Angegriffenen. Aber, ehrlich gesagt, in Friedenszeiten ist Neutralität nicht mehr als eine Worthülse, die wir an Augustreden beschwören, wirklich entscheidend ist sie eben nur im Kriegsfall. Freilich können wir auch entscheiden, die Neutralität aufzugeben. Dazu braucht es aber eine Verfassungsänderung mit entsprechender Volksabstimmung. Nur ist dabei zu bedenken, dass einerseits, solange das nicht geschehen ist, die Neutralität mit allen ihren auch negativen Konsequenzen gilt. Und andererseits sollten wir bei dieser Diskussion nicht vergessen, dass die Neutralität unser Land vor Krieg bewahrt hat und unsere Neutralität in Konflikten die Möglichkeit der Vermittlung geöffnet hat.

Zweitens, die Regeln sollten nicht während des Spiels geändert werden: Das Kriegsmaterialgesetz wurde kürzlich verschärft, weil immer wieder schweizerisches Kriegsmaterial in internationalen Konflikten aufgetaucht ist. Wenn wir nun alles wieder rückgängig machen, heben wir gesetzlichen Verpflichtungen, die bei vergangenen Rüstungsgüterausfuhren vereinbart worden sind, auf. Auf einer solchen Basis ist seriöse Gesetzgebung nicht möglich. Diese «ad-hoc-Gesetzgebung» zeigt, wie anfällig das Parlament auf den Wechsel der Gemütslage der Öffentlichkeit ist. Gesetzgebung

muss aber eine gewisse Beständigkeit haben, damit sie glaubwürdig ist. Dazu bedarf es eines Parlaments, das sich nicht wie ein Ping-Pong-Bällchen auf dem Wasser von den Medien und der Öffentlichkeit steuern lässt. Natürlich war der aktuelle Angriff von Russland auf die Ukraine nicht vorhersehbar, aber es gab leider auch vorher Kriege, und keiner dieser Kriege war gerecht.

Und drittens, die Abwägung der Nutzen: Es steht ausser Frage, dass die Wiederausfuhr von schweizerischem Kriegsmaterial keinerlei entscheidende Auswirkung auf das Kriegsgeschehen haben würde. Es würde sich lediglich um einen symbolischen Akt der Schweiz gegenüber der Weltöffentlichkeit handeln, um sich Wohlwollen zu erkaufen. Der Preis dafür wäre aber für die Schweiz und die Welt enorm hoch, denn die Schweiz würde damit faktisch ihre Neutralität aufgeben. Wer soll noch an diese glauben, wenn sie situativ interpretiert wird? Ich glaube daher, dass wir unsere Anstrengungen darauf verwenden sollten, im In- und im Ausland zu erklären, warum die Neutralität der Schweiz und das Verbot der Wiederausfuhr sehr viel wertvoller sind, als der Export von ein paar nicht kriegsentscheidenden Rüstungsgütern.

Daniel Jositsch, Ständerat, Stäfa/ZH



Nationale Wahlen 2023: es braucht Stabilität und Erneuerung

Die Wahlen im Kanton Zürich haben eines gezeigt: Angesichts der vielen Unsicherheiten wie dem Krieg in der Ukraine, der drohenden Energieknappheit und den steigenden Preisen wollen die Wählerinnen und Wähler Stabilität in der Politik. Soweit so gut, letztlich auch für die SP, die entgegen der Prognosen ihre Position im grössten Kanton der Schweiz halten, respektive um einen Sitz im Parlament ausbauen, konnte.

Viele Herausforderungen stehen an, welche seit Jahren zu unseren Hauptthemen gehören, wie Sicherung der Sozialwerke, Bekämpfung des Fachkräftemangels, Sicherung der Energieversorgung, Beziehungen zu Europa pflegen. Genau diese Dossiers (und viele andere) werden von unseren Fraktionsmitgliedern professionell bearbeitet. Daher braucht es (auch) Stabilität, aber es braucht (auch) neue Fraktionsmitglieder – es gibt auch einige Fraktionsmitglieder, welche sich nicht mehr zur Wahl stellen.

Bist du Mitglied der Reformplattform und Kandidat:in für den National- oder den Ständerat? Möchtest du für deine Kampagne die Kanäle der Reformplattform nutzen? Dann melde dich doch bei uns, unter info@reform-sp.ch. Wir freuen uns.

Yvonne Feri, Nationalrätin, Wettingen/AG

info@reform-sp.ch

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.